

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Luisenstr. 44
10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 240 87 – 228
E-Mail: industrie@wirtschaftsrat.de

Wirtschaftsrat fordert ambitionierte und klare Ziele in Nationaler Kreislaufwirtschaftsstrategie

Die Corona-Pandemie und der russische Angriff auf die Ukraine haben Deutschland seine Rohstoffabhängigkeit vor Augen geführt. Neben der Nutzung heimischer Rohstofflagerstätten und diversifizierten Rohstoffimporten rückt die Kreislaufwirtschaft zunehmend in den Fokus. Eine effiziente Nutzung vorhandener nationaler Ressourcen und eine umfassende Kreislaufwirtschaft sind essentielle Voraussetzungen zur Erreichung der Klimaschutzziele sowie zur Sicherung und nachhaltigen Entwicklung des Industriestandortes Deutschland. Im Zuge dieser Transformation werden die Kreislaufschließung und das Recycling zu einem integralen Bestandteil einer nachhaltigen Rohstoffstrategie in Deutschland und der EU. Beide können zudem einen Beitrag zu mehr Wachstum der deutschen Wirtschaft leisten.

Gegenwärtig erarbeitet die Bundesregierung eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS), die 2024 vorgestellt werden soll. Sie soll den Bedarf an Primärrohstoffen langfristig senken und den Rahmen hin zu stärkerem zirkulären Wirtschaften setzen. Neben einer gesicherten Rohstoffversorgung soll mit der NKWS der Umwelt- und Klimaschutz gestärkt werden und der gesamte Lebenszyklus von Produkten betrachtet werden.

Der Wirtschaftsrat unterstützt die Bemühungen zur Entwicklung einer nachhaltigen NKWS und setzt sich dabei für einen marktwirtschaftlichen Ansatz im Sinne eines „Level Playing Field“ ein. Die Bundesregierung sollte sich daher um die Schaffung eines unbürokratischen regulatorischen Rahmens bemühen, der klare Ziele formuliert und die Unternehmen zur Erreichung dieser befähigt. Nur so kann der Hochlauf der Kreislaufwirtschaft tatsächlich gelingen.

Eine zirkuläre Wirtschaft erfordert ein frühes Abfallende

Kreislaufwirtschaft verfolgt das Ziel, Rohstoffe sowohl nach ihrem Nutzungsende in einem Kreislauf zu halten und Rohstoffe aus „Abfällen“ zu gewinnen. Zwischen den Jahren 2000 und 2020 ist das Abfallaufkommen in Deutschland nahezu konstant geblieben¹. Im Rahmen des Europäischen Green Deals, der EU-Abfallrahmenrichtlinie und des Aktionsplans für Kreislaufwirtschaft hat die EU bis 2030 zwei Ziele festgelegt: 1) Die Reduzierung nicht-recyclebaren Restmülls um 50%; 2) Eine Recyclingquote von 60 Prozent.

¹ Umweltbundesamt. 13.10.2022. Abfallaufkommen. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/ressourcen-abfall/abfallaufkommen#deutschlands-abfall>. [Zugriff: 15.08.2023].

Der Wirtschaftsrat setzt sich dafür ein, im Kontext der Kreislaufwirtschaft von „recyclbaren Materialien“ zu sprechen und damit ein für alle Abfallströme eindeutig definiertes Abfallende einzuführen. Recyclbare Materialien sollten stofflich verwertbar sein, um sie im Kreislauf zu halten und dadurch den Bedarf an Primärrohstoffen zu senken. Das ist bereits beim Produkt-Design zu beachten. Auf EU-Ebene sorgt die unterschiedliche rechtliche Auslegung der EU-Abfallrichtlinie dafür, dass Recyclingrohstoffe teilweise zu lange im Abfallregime verbleiben und Potenziale nicht vollständig genutzt werden. Der Wirtschaftsrat setzt sich deshalb für einen einheitlichen EU-Leitfaden zur rechtlichen Auslegung der EU-Abfallrichtlinie ein.

Kreislaufwirtschaft, Rohstoffexploration und -aufbereitung zum Erhalt des Industriestandortes Deutschland

Der Bedarf an Rohstoffen wird in den kommenden Jahren - vor allem vor dem Hintergrund der Transformation – weiter stark zunehmen. Die Kreislaufwirtschaft ist bereits elementarer Bestandteil unserer Wirtschaft und bietet die Möglichkeit, in noch höherem Maß zur Entkopplung des Ressourcenverbrauches vom ökonomischen Wachstum beizutragen. Auch zur Verringerung der Gefahr von Engpässen, Abhängigkeiten und Kostensteigerungen müssen sich Rohstoffversorgung und Kreislaufwirtschaft ergänzen. Idealerweise ist die Kreislaufwirtschaft in eine Rohstoff- und Stoffstromstrategie vollständig integriert und es werden Anreize zu mehr zirkulärem Wirtschaften gegeben. Es ist deshalb wichtig, die Potenziale der Kreislaufwirtschaft stärker herauszuarbeiten und besser zu nutzen.

Eine vollständige Entkopplung einer immer effizienteren Nutzung von Rohstoffen vom Wirtschaftswachstum ist bisher empirisch nicht bewiesen². Im Zuge der Entkopplung finden Substitutionen statt, beispielsweise werden für den Ausbau von Erzeugungsanlagen erneuerbarer Energien zur CO₂-Reduktion größere Mengen Rohstoffe benötigt. Der Wirtschaftsrat setzt sich deshalb dafür ein, neben dem Hochlauf der Kreislaufwirtschaft auch in umweltfreundliche, nachhaltige Methoden zur Rohstoffexploration und -aufbereitung zu investieren. Deswegen sollte die NKWS integraler – aber nicht einziger – Teil einer nachhaltigen Rohstoffstrategie sein. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf die Nutzung der einheimischen nationalen Rohstoffpotenziale zu legen. Der von der Bundesregierung beabsichtigte Rohstofffonds kann hier unterstützend wirken. In diesem Kontext sollten außerdem die Ziele der bereits verabschiedeten, nationalen Bioökonomie-Strategie mit berücksichtigt werden.

Potenziale von Recycling nutzen

Dem chemischen Recycling kommt ergänzend zum mechanischen Recycling eine wichtige Bedeutung zu, da mit diesem gemischte, verschmutzte und komplexe Kunststoffe recycelt werden können. Um dieses Potenzial auszuschöpfen, braucht es europaweit verlässliche und pragmatische politische Rahmenbedingungen, die zeitnah die Anwendung von chemischem Recycling im groß-industriellen Maßstab ermöglichen. Um den Kapazitätsaufbau des chemischen Recyclings zu ermöglichen, ist entscheidend, dass die regulatorische Ausgestaltung dem Massenbilanz-Ansatz folgt.

Ob ein Kunststoff nach dem mechanischen oder dem chemischen Verfahren recycelt wird, sollte über technische, ökobilanzielle und wirtschaftliche Aspekte entschieden werden. Wichtig ist, dass sich die beiden Recycling-Verfahren ergänzen und gemeinsam zu einem Gelingen der Kreislaufwirtschaft beitragen. Entsprechend sollte das chemische Recycling abfallrechtlich explizit als Recycling anerkannt werden.

² Haberl et al. 2020. A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: synthesizing the insights. In: Environmental Research Letter. Vol. 15 (6). DOI: 10.1088/1748-9326/ab842a.

Digitalisierung als Beitrag zum Monitoring von Kreislaufwirtschaft

Im Zuge einer ganzheitlichen Betrachtung der Kreislaufwirtschaft muss auch das Monitoring sowohl vorhandener als auch recycelbarer Ressourcen optimiert werden. Die Digitalisierung kann hier Chance und Belastung zugleich sein. Wird sie zur (internationalen) Nachverfolgung von Rohstoffen, zur Erfassung ihrer Zusammensetzung oder für digitale Produktpässe genutzt, kann die Digitalisierung im Rohstoffsektor Standards vereinheitlichen und Kooperation zwischen den EU-Mitgliedstaaten vertiefen. Wird dieses Verfahren jedoch zu komplex aufgesetzt, sehen sich die Unternehmen zusätzlicher Bürokratie- und Nachweispflichten ausgesetzt, was sich nachteilig auf das „Level Playing Field“ auswirkt. Daneben sind die Geschäftsinteressen von Unternehmen beim digitalen Produktpass zu berücksichtigen, der Datenzugang muss auf die jeweils eingebundenen Akteure beschränkt bleiben.

Der Wirtschaftsrat fordert deshalb, die Potenziale der Digitalisierung im Austausch mit den Unternehmen einzuführen und beim digitalen Produktpass eine praktische Umsetzbarkeit zu gewährleisten. Dies betrifft vor allem die Erhebung und Verarbeitung neuer Daten sowie die Berichtspflichten.

Kernforderungen des Wirtschaftsrates

1. Die Chancen und Potenziale der Kreislaufwirtschaft müssen in ambitionierten und für Unternehmen klar formulierten Zielen festgeschrieben werden. Diese sollen mit Anreizen zu mehr zirkulärem Wirtschaften verbunden sein.
2. Die Digitalisierung beim Rohstoffmonitoring und digitalen Produktpässen sollte praktisch handhabbar und für Unternehmen nicht mit zusätzlichen bürokratischen Herausforderungen verbunden sein.
3. Die Bereitstellung von Wissen und verfügbaren Daten muss ausgebaut und weiterentwickelt werden. Der Critical Raw Materials Act könnte hierfür eine Grundlage bilden.
4. Bereits verbaute Rohstoffe sollten auch weiterhin als solche betrachtet werden und früh aus dem Abfallregime entlassen werden, um eine zirkuläre Wirtschaft zu fördern.
5. Der Fokus einer nachhaltigen NKWS sollte neben den Prämissen der „Abfallvermeidung“ und der „Wiederverwendung“ weitere ökonomisch-ökologisch relevante Parameter (z.B. die CO₂-ärmste Lösung, Einsatz biogener Stoffe) sowie Rechtssicherheit beim Einsatz von Recyclingmaterial einbeziehen.
6. Der Rezyklatanteil in chemisch recycelten Kunststoffen im Produktionsnetzwerk der Industrie muss durch Massenbilanzierung stetig erhöht werden.
7. Innovationen im Rahmen der Kreislaufwirtschaft und der Bioökonomie müssen stärker gefördert werden.

Wirtschaftsrat Deutschland – Verbandsportrait

Der Wirtschaftsrat Deutschland ist ein bundesweit organisierter unternehmerischer Berufsverband, dessen Gründung 1963 vom damaligen Bundeswirtschaftsminister und späteren Bundeskanzler Ludwig Erhard angeregt wurde. Mit rund 12.000 Mitgliedern sind wir das ordnungspolitische Gewissen der Politik und die starke Stimme der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und Europa.

Der Wirtschaftsrat vertritt die Interessen der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit und setzt sich für einen starken, international wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Deutschland ein.

Ohne Soziale Marktwirtschaft gäbe es die Erfolgsgeschichte Deutschlands als Wirtschaftsnation nicht. Unser Credo lautet: Erst erwirtschaften, dann verteilen. Außerdem treten wir dafür ein, dass Deutschland gegenüber seiner jungen Generation das Aufstiegsversprechen einlöst.

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. ist rechtlich selbstständig und politisch unabhängig. Als unternehmerischer Berufsverband sind wir keine Teilorganisation der Partei CDU. Wir sind ein eingetragener Verein und finanzieren uns ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen.